BREMISCHE BÜRGERSCHAFT Landtag 19. Wahlperiode

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und DIE LINKE

Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen

Bremen hat viel Potenzial für eine lebendige wissensbasierte Gründerszene. Die überregionale Bedeutung des Standortes zeigt sich in den vier Clustern, in denen Bremen international hervorragend aufgestellt ist. Hinzu kommen kurze Wege, eine strategisch gute Lage, exzellente Hochschulen und eine hohe Lebensqualität. Mit einem Talentpool von rund 35 000 Studierenden in Bremen sind die Startchancen für eine lebendige Start-up-Szene gut, denn Start-ups sind wissensintensiv.

Das Wirtschaftsressort bietet folgende Definition für Start-ups an: Es handelt sich um "junge, noch nicht etablierte Unternehmen [...], die zur Verwirklichung einer innovativen und wissensbasierten Geschäftsidee mit geringem Startkapital gegründet werden und in der Regel sehr früh zur Ausschöpfung ihres hohen Wachstumspotenzials und zur Stärkung ihrer Kapitalbasis auf Wagniskapital angewiesen sind" (Drs. 19/796).

Der Start-up-Monitor der EU zeigt auf, dass Start-ups enorme Beschäftigungsund Wirtschaftsmotoren sein können. Es wird darauf hingewiesen, dass ca. 80 % der Start-ups in Teams gegründet werden. Auch scheinen die erfolgreichen Gründungen neue Gründungen nach sich zu ziehen. Es bildet sich im besten Fall eine sich selbst verstärkende, ermutigende und qualifizierende Szene. Die Start-up-Szene ist von Anfang an international aufgestellt. Sie sucht ihre Spezialisten auch im Milieu der hochqualifizierten und mehrsprachigen Migrantinnen und Migranten und nutzt so auch diesen Zugang zu Kenntnissen, Kulturen und Märkten. 60 Prozent der europäischen Start-ups nennen den Business-to-Business-Sektor (B2B) als den wichtigsten, um Geschäfte zu machen.

Auch die großen Industrie- und Logistikunternehmen suchen Kooperationen und Beteiligungen mit der technikaffinen Gründerszene. Sie nutzen die Innovationen, das Tempo, die Talente, die flachen Hierarchien und die besondere Arbeitskultur der neuen Firmen, um ihre Unternehmen und Geschäftsfelder zu modernisieren.

Es existiert bislang keine amtliche Statistik, die das Gründungsgeschehen in vollem Umfang widerspiegelt. Eine Annäherung liefern der auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung basierende Gründungsmonitor der staatlichen Förderbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) sowie die Gewerbeanzeigen des Statistischen Landesamts Bremen, in denen Freiberufler in der Regel jedoch nicht enthalten sind. Laut KfW-Gründungsmonitor 2017 ist die Zahl der Gründungen deutschlandweit im letzten Jahr auf ein Rekordtief gesunken. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, so dass es deutlich weniger sogenannte Notgründungen gibt als früher. Das Land Bremen belegt darin mit 167 Gründungen je 10 000 Erwerbsfähigen im Jahresdurchschnitt 2014 bis 2016 im Ländervergleich den vierten Platz. Die Zahl der Betriebsgründungen unter den Gewerbeanmeldungen hat im Land Bremen zwischen 2016 und 2017 um 17 % abgenommen, gegenüber 2005 hat sich die Zahl sogar mehr als halbiert. Der andauernde Rückgang der Gründungstätigkeit ist aus volkswirtschaftlicher Sicht mit Sorge zu betrachten. Denn fehlen heute die Gründer, leidet morgen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Das Tempo und Ausmaß der Gründung von wissensbasierten Unternehmen entscheidet wesentlich mit über die Innovationsfähigkeit der Bremer Wirtschaft.

In Städten mit einer großen Start-up-Gründungsrate beschreiben die Wirtschaftssoziologen die Szene als Biotop. Damit soll die Aufmerksamkeit auf Prozesse gelenkt werden, die man als Evolution, Wettbewerb, Auslese, Symbiose, Nahrungskette, Fruchtfolge usw. beschreiben kann. Das Biotop ist aber kein Schrebergarten: Es ist selbstorganisiert. Insofern ist diese Interpretation auch ein Hinweis auf die Grenzen staatlicher Programme.

Bremen hat bereits ein differenziertes Instrumentarium zur Förderung des Gründergeschehens im Allgemeinen und der wissensintensiven Start-ups im Besonderen. Dieses Instrumentarium muss beständig weiterentwickelt und auf seine Wirksamkeit geprüft werden.

Die Hauptfelder, auf denen Politik und Verwaltung handeln können, sind folgende:

- Gestaltung der Ausbildung an Hochschule und Universitäten,
- Bereitstellung von Beratung, Coaching und Kapital,
- Förderung von Netzen, Kontakten, Schnittstellen, Vorbildern,
- Bereitstellung von Räumen, Treffpunkten, Orten, Ereignissen,
- Unterstützung einer Gründerkultur und einer Kultur des selbstbewussten Unternehmertums,
- systematisch das große noch ungenutzte Potenzial der Frauen für die Gründerszene zu mobilisieren und
- Unterstützung aller Faktoren und Prozesse, die zu einer offenen und kreativen Stadtgesellschaft in Bremen und Bremerhaven beitragen, um auch so die potenziellen Gründerinnen und Gründer von Start-ups für eine Zukunft in Bremen zu gewinnen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- die statistische Datenbasis zum Gründungsgeschehen und dem Ökosystem für Start-ups im Land Bremen durch geeignete Maßnahmen zu verbessern;
- 2. die zahlreichen und ausdifferenzierten Instrumente und Schnittstellen der staatlichen Wirtschaftsförderung, die für Start-ups relevant sind, organisatorisch zusammenzuführen und damit die Fokussierung und Effizienz des Mitteleinsatzes zu erhöhen und die Orientierung für die potenziellen Gründerinnen und Gründer und ihre Partner zu erleichtern;
- 3. selbstorganisierte und von der Wirtschaft angebotene Netzwerktreffen und Plattformen zu fördern;
- 4. im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken, die Gründungsförderung an den bremischen Hochschulen mit konkreten Maßnahmen in den Zielvereinbarungen der Lehrstuhlinhaber zu verankern und die Hochschulen und Forschungseinrichtungen darin zu unterstützen, Studierende und Absolventen, z. B. mittels geeigneter hochschul- und fächerübergreifender Veranstaltungen, für die Idee von Unternehmensgründungen zu begeistern. Bedeutsam ist auch ein gutes Angebot für die kontinuierliche Begleitung der jungen Unternehmen.
- 5. hochschulnahe Gründerzentren, die durch intensives Coaching jungen Unternehmen zu einer schnellen Entwicklung verhelfen, zu unterstützen und mit privaten Akteuren zu vernetzen, um damit den Wissens- und Technologietransfer stärker zu fördern;

- 6. auch in den vier Clustern den Fokus auf Start-ups zu richten, z. B. Ansprechpartner für Start-ups und Gründungen innerhalb der Cluster zu benennen sowie Veranstaltungen und Pitching-Events für Start-ups anzubieten:
- 7. die bremischen Programme zur Existenzgründungsförderung (z. B. BRUT Bremer Förderprogramm für Unternehmensgründungen) auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren und nachzujustieren;
- 8. gemeinsam mit der Bremer Aufbau-Bank (BAB), der Förderbank für Bremen und Bremerhaven und dem RKW (Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V.) das EFRE-Beteiligungsprogramm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) weiter auszubauen, um künftig die Rahmenbedingungen für Beteiligungen bis zu 800 000 € für junge Unternehmen sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer möglichst einfach und unbürokratisch zu gestalten. In diesem Zusammenhang soll ein Beirat aus mittelständischen, in Bremen ansässigen Unternehmen installiert werden, um so frühestmöglich die Marktfähigkeit der Start-ups in Erfahrung zu bringen sowie Start-ups bei der Investorensuche zu unterstützen;
- 9. die Gründung eines Bremer Start-up-Fonds (unter Inanspruchnahme der BAB) zu unterstützen, an dem sich auch Banken, Versicherungen, Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, damit genug finanzielles Investment vorhanden ist, um Bremen auch langfristig als Standort für Start-ups interessant zu machen und die generierten Arbeitsplätze in Bremen zu halten;
- 10. mit geeigneten Crowdfunding-Plattformen dazu beizutragen, dass auch auf diesem Weg privates Kapital zur Finanzierung von Start-ups mobilisiert werden kann;
- 11. neben der Förderung von Netzwerktreffen auch die Förderung privatwirtschaftlicher Beratungseinrichtungen bzw. Unternehmen durch geeignete Netzwerke und Matching-Instrumente zu unterstützen, die aufgrund ihrer Erfahrung den Start-ups wichtige und notwendige Impulse geben sowie Investoren vermitteln können;
- 12. die Vergabeverfahren gründungsfreundlich zu gestalten und bei entsprechenden Ausschreibungen, deren Auftragsvolumen die zulässigen Grenzen nicht überschreiten, im Land Bremen ansässige Start-ups gezielt zu Angeboten aufzufordern;
- 13. auch langfristig günstige Räumlichkeiten für Existenzgründerinnen und Existenzgründer z. B. durch die ZZZ (ZwischenZeitZentrale Bremen) anzubieten, analog zur derzeitigen Zwischennutzung im Citylab (Plattform für Start-ups und Existenzgründer) oder dem "wurst case" (Kollaborative Zwischennutzung Karmatransformation einer Wurstfabrikation);
- 14. Veranstaltungen für Gründerinnen und Gründer mit gezielten Marketingaktionen auch über die Landesgrenzen hinweg zu bewerben und Bremen als Start-up-Standort bundesweit zu etablieren;
- 15. darauf zu achten, dass Frauen gezielt für die Gründung von Start-ups begeistert werden;
- 16. anzuerkennen, dass die Kreativwirtschaft einen wichtigen Beitrag zu einer vitalen Gründerszene in unserem Land leistet. Das kommt auch den wissensintensiven Start-ups zugute. Dieser Zusammenhang ist in der Förderstrategie des Senats systematisch zu berücksichtigen.
- 17. das Thema Start-ups als betriebliches Innovationsinstrument für den Mittelstand stärker herauszuarbeiten und den Unternehmen zu vermitteln;
- 18. die Instrumente der Wirtschaftsförderung und die Entwicklung der Startup-Szene durch geeignete Dialogverfahren zusammen mit den an den
 Netzwerken beteiligten Akteuren und Partnern regelmäßig zu evaluieren
 und einmal jährlich in der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und
 Häfen über die fortlaufenden Aktivitäten und den Anpassungsbedarf zu
 berichten.

19. binnen eines Jahres nach Beschlussfassung über die erfolgten Maßnahmen zu berichten.

Andreas Kottisch, Dieter Reinken, Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Robert Bücking, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jörg Kastendiek, Birgit Bergmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Lencke Steiner und Fraktion der FDP

Klaus-Rainer Rupp, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE